Richtlinie für die Vergabe von Förderungen gemäß der Vereinbarung nach Art. 15a B-VG zwischen dem Bund und den Ländern über die Elementarpädagogik für das Kinderbildungs- und -betreuungsjahr 2025/26 – „Richtlinie Frühe Sprachförderung 2025/26“ (Beschluss der Steiermärkischen Landesregierung vom 5. Juni 2025, GZ: ABT06-78315/2022-257)

Inhaltsverzeichnis

- § 1 Regelungsgegenstand
- § 2 Förderungsvoraussetzungen
- § 3 Anerkennungsfähige Kosten
- § 4 Förderungshöhe und Förderungsberechnung
- § 5 Call
- § 6 Auswahlverfahren für die während eines Calls eingebrachten vollständigen Förderungsanträge
- § 7 Allgemeine Bestimmungen
- § 8 Inkrafttreten

§ 1

Regelungsgegenstand

- (1) **Gefördert wird** nach dieser Richtlinie der Einsatz von zusätzlichen Fachkräften für die Durchführung der frühen sprachlichen Förderung in Kindergärten, Alterserweiterten Gruppen, Kinderhäusern und Heilpädagogischen Kindergärten (die auf Basis des Steiermärkischen Kinderbildungs- und -betreuungsgesetzes, LGBl. Nr. 22/2000, in der jeweils geltenden Fassung bzw. des Steiermärkischen Kinderbildungs- und -betreuungsgesetzes 2019, LGBl. Nr. 95/2019, in der jeweils geltenden Fassung, bewilligt sind) nach Maßgabe der für diese Maßnahmen zur Verfügung stehenden Bundeszuschüsse und Landesmittel.
- (2) **Ausgenommen** von der Förderung sind:
 - a. Kinderkrippen
 - b. Horte
 - c. Tageseltern
 - d. Nachmittagsbetreuungen
 - e. Saisonbetriebe
- (3) **Zweck** der in dieser Richtlinie geregelten Fördermaßnahmen ist es, Kinder, welche einen Sprachförderbedarf gemäß BESK KOMPAKT/BESK-DaZ KOMPAKT aufweisen sowie Kinder ohne Sprachförderbedarf im verpflichtenden Kindergartenjahr, in ihrer sprachlichen Entwicklung zu unterstützen und ressourcenorientiert zu stärken. Dadurch sollen Sprachbarrieren abgebaut, Möglichkeiten zur sprachlichen Entfaltung geboten, ein bestmöglicher Start der Bildungslaufbahn gewährleistet sowie die Transition Kindergarten-Volksschule erleichtert werden.

§ 2

Förderungsvoraussetzungen

Voraussetzungen für die Gewährung des Zuschusses sind (für Priorität 1- und Priorität 2-Projekte gemäß § 6):

- (1) Der Zeitraum für die Umsetzung der Fördermaßnahmen erstreckt sich vom 1. September 2025 bis 31. August 2026 oder Teile davon.
- (2) Förderungswerber:in muss die/der Erhalter:in der Kinderbildungs- und -betreuungseinrichtung, für die um Förderung angesucht wird, oder die/der von der/dem Erhalter:in Bevollmächtigte für die Durchführung der Sprachförderung, sein. Entsprechende Vollmachten sind der Abteilung 6 zu übermitteln.
Die/Der Förderungswerber:in hat jedenfalls die Kosten für die Maßnahme, für die um Förderung angesucht wird, zu tragen.

- (3) Die Fördermaßnahmen für mindestens eine der angesuchten Kinderbildungs- und -betreuungseinrichtungen umfassen einen Zeitraum von **mindestens drei Monaten**.
- (4) Die Einschulung für Leiter:innen und gruppenführende Pädagog:innen in das Beobachtungsinstrument BESK KOMPAKT/BESK-DaZ KOMPAKT.
- (5) Die Einbringung eines schriftlichen Förderungsantrages mittels des von der Abteilung 6 zur Verfügung gestellten Antragsformulars samt Kostenschätzung.
- (6) Die Dokumentation der Maßnahmen mit den von der Abteilung 6 zur Verfügung gestellten Vorlagen.
- (7) Die Vorlage von Zwischenberichten. Der erste Vorlagezeitpunkt und der Berichtsinhalt werden von der Abteilung 6 mit Vertragsabschluss vorgegeben.
- (8) Die Vorlage eines Schlussberichts inklusive der Endabrechnung der Sprachfördermaßnahmen. Der Berichtsinhalt und Vorlagezeitpunkt werden mit Vertragsabschluss von der Abteilung 6 vorgegeben. In begründeten Ausnahmefällen kann auf Antrag eine Fristverlängerung eingeräumt werden. Der Antrag ist jedenfalls vor Fristablauf einzubringen.
- (9) Die Anstellung von geeignetem zusätzlichem Fachpersonal. Das eingesetzte Personal muss während des gesamten Umsetzungszeitraums in einem aufrechten Dienstverhältnis stehen. Die Tätigkeit des für die Sprachförderung eingestellten Personals ist jedenfalls **gesondert im Dienstvertrag bzw. in Beiblättern als auch in den Gehaltsnachweisen darzustellen**.

(10) **Qualifizierung:**

Die Eignung des eingesetzten Personals ist mittels folgender Ausbildungserfordernisse bzw. Anstellungsvoraussetzungen nachzuweisen:

- a. **Sprachkenntnisse auf dem Referenzniveau C1** (für Personen mit anderer Erstsprache als Deutsch) des Gemeinsamen Europäischen Referenzrahmens für Sprachen. Als Nachweis über diese Deutschkenntnisse gelten ein Sprachdiplom des Niveaus C1 oder höher von „Österreichisches Sprachdiplom Deutsch“, „Goethe-Institut e.V.“, „Telc GmbH“ oder „Österreichischer Integrationsfonds“, ein der allgemeinen Universitätsreife entsprechender Abschluss einer deutschsprachigen Schule oder ein Hochschulabschluss in einem deutschsprachigen Studienfach in einem deutschsprachigen Land.
- b. **Die Absolvierung des Hochschullehrgangs „Frühe sprachliche Förderung“**. Von einer Absolvierung des Hochschullehrgangs kann abgesehen werden, wenn das eingesetzte Personal mindestens zehn Jahre Erfahrung im Bereich der frühen Sprachförderung oder eine dem Hochschullehrgang vergleichbare Qualifikation vorweisen kann. Ein entsprechender **Nachweis** über die Anerkennung dieser vergleichbaren Qualifikation ist zwingend der Abteilung 6 zur Prüfung vorzulegen. Erst **nach positiver Rückmeldung** zum Anerkennungsnachweis durch die Abteilung 6 kann von einer Absolvierung des Hochschullehrganges abgesehen werden.

c. **Nachqualifizierung:**

Personen, die die in Abs 10 angeführten Qualifikationen zum Zeitpunkt der Anstellung nicht vorweisen, können durch entsprechende Fort- und Weiterbildung innerhalb des Förderungszeitraums nachqualifiziert werden. Ist die geforderte Nachqualifizierung im Förderungszeitraum nicht möglich, ist ein entsprechender **Nachweis** zu erbringen, dass eine ehestmögliche Qualifizierung angestrebt wurde (zB. Anmeldung/Nachanmeldung zur Ausbildung Referenzniveau C1 bzw. zum Hochschullehrgang „Frühe sprachliche Förderung“).

Entsprechende Ausbildungsnachweise der Nachqualifizierung müssen jedenfalls vorgelegt werden. Die Absage eines bereits zugesicherten Ausbildungsplatzes oder die wiederholte Verschiebung von Prüfungsterminen ist grundsätzlich nicht zulässig. In Ausnahmefällen, die nicht in der ausschließlichen Sphäre und Dispositionsmöglichkeit des Förderungswerbers und/oder des eingesetzten Personals liegen, kann auf Antrag ein Aufschub eingeräumt werden.

Nicht diesen Vorgaben entsprechend eingesetztes Personal kann nicht gefördert werden.

(11) Fort- und Weiterbildungen des eingesetzten Fachpersonals für die Frühe Sprachförderung

- a. Die/Der Förderungswerber:in ist verpflichtet, das eingesetzte Personal insbesondere nach Maßgabe der von der Fachberatung „Frühe Sprachförderung“/Abteilung 6 angebotenen Fortbildungsveranstaltungen im Ausmaß von **mindestens 20 Unterrichtseinheiten** (gemessen an einer Vollbeschäftigung am Förderungszeitraum von zwölf Monaten; bei einem kürzeren Förderungszeitraum und geringerem Anstellungsverhältnis wird ein entsprechend aliquoter Anteil berechnet), wobei eine Unterrichtseinheit 45 Minuten entspricht, weiterzubilden. Diese 20 Unterrichtseinheiten werden im Rahmen der Kinderdienstzeit berücksichtigt. Liegt die

- Fortbildungsverpflichtung unter dem Mindeststundenmaß von 20 Unterrichtseinheiten, ist das Ausmaß der Teilnahme individuell mit der Abteilung 6 zum Zeitpunkt der Anstellung abzustimmen.
- b. Förderbar ist nur das in lit a geregelte Ausmaß. Dieses beträgt bei einer Vollbeschäftigung maximal 20 Unterrichtseinheiten und ist bei Teilzeitbeschäftigungen zu aliquotieren. Darüber hinaus gehende Fortbildungen sind nicht förderbar.
 - c. Die Absolvierung des Hochschullehrganges „Frühe sprachliche Förderung“ kann nicht als Fort- und Weiterbildung berücksichtigt werden.
 - d. Für den erstmaligen Start in die Tätigkeit wird von der Abteilung 6 eine Einschulungsveranstaltung angeboten. Diese ist **einmalig zusätzlich** zur Fortbildungsverpflichtung **verpflichtend** von eingesetztem Personal zu besuchen und wird im Rahmen der Kinderdienstzeit berücksichtigt.
 - e. In Ausnahmefällen, die nicht in der ausschließlichen Sphäre und Dispositionsmöglichkeit der Förderungswerberin/des Förderungswerbers und/oder des eingesetzten Personals liegen, kann auf Antrag eine Abweichung von der Fortbildungsverpflichtung bzw. der Einschulungsveranstaltung eingeräumt werden.
- (12) Die Verwendung und Umsetzung wissenschaftlich fundierter pädagogischer Konzepte und der pädagogischen Grundlagendokumente gemäß der Verordnung der Steiermärkischen Landesregierung, LGBl. Nr. 22/2019. Dazu zählen jedenfalls der „Bundesländerübergreifende BildungsRahmenPlan für elementare Bildungseinrichtungen in Österreich“, der „Leitfaden zur sprachlichen Bildung und Förderung am Übergang von elementaren Bildungseinrichtungen in die Volksschule“, das „Modul für Fünfjährige“ und der Leitfaden „Werte leben, Werte bilden. Wertebildung in der frühen Kindheit“. Darüber hinaus ist ein individueller Förderplan für Kinder mit Sprachförderbedarf auf Basis der BESK KOMPAKT/BESK-DaZ KOMPAKT-Erhebungen zu verwenden. Eine entsprechende Vorlage von der Abteilung 6 kann dafür herangezogen werden.
- (13) Zusätzliche Voraussetzungen für Priorität 1-Projekte gemäß § 6 sind: Die Durchführung der Sprachstanderhebung gemäß § 4 Abs 3 des Steiermärkischen Kinderbildungs- und -betreuungsgesetzes, LGBl. Nr. 95/2019 in der jeweils geltenden Fassung (Erhebungsstichtage 15. Mai 2025, 15. Oktober 2025 sowie 15. Mai 2026) mit dem Beobachtungsinstrument BESK KOMPAKT/BESK-DaZ KOMPAKT (Beobachtungszeiträume Frühjahr 2025, Herbst 2025 sowie Frühjahr 2026) und die fristgerechte Rückmeldung der erhobenen Daten (Rückmeldefrist 30. Mai 2025, 31. Oktober 2025 sowie 29. Mai 2026) an die Abteilung 6.
- (14) Zusätzliche Voraussetzungen für Priorität 2-Projekte gemäß § 6 sind:
Die Angabe der Anzahl der Kinder ohne Sprachförderbedarf im verpflichtenden Kinderbetreuungsjahr anhand der erhobenen Daten aus den Beobachtungszeiträumen Frühjahr 2025, Herbst 2025 sowie Frühjahr 2026 mit den Erhebungsstichtagen 15. Mai 2025, 15. Oktober 2025 sowie 15. Mai 2026 und den jeweiligen Rückmeldefristen 30. Mai 2025, 31. Oktober 2025 sowie 29. Mai 2026. **Ausgenommen von Priorität 2 sind jene Kinder, für die bereits in Priorität 1 um Förderung angesucht wird.**
- (15) Die Rückmeldung der erhobenen Daten zur genannten Rückmeldefrist an die Abteilung 6 ist Grundlage für die Ermittlung der Anspruchsvoraussetzung. **Sollten die Daten einer Kinderbildungs- und -betreuungseinrichtung nicht zur genannten Rückmeldefrist eingelangt sein, kann diese Einrichtung für das weitere Förderungsverfahren nicht berücksichtigt werden.** In begründeten Ausnahmefällen kann eine Fristverlängerung eingeräumt werden. Der entsprechende Antrag auf Fristverlängerung ist von der/dem Förderungsnehmer:in jedenfalls vor Fristablauf einzubringen.
- (16) Ab mindestens einem Kind mit Sprachförderbedarf (Priorität 1) bzw. mindestens einem Kind ohne Sprachförderbedarf im letzten verpflichtenden Kindergartenjahr (Priorität 2) in der Einrichtung können Förderungsmittel beantragt werden. Gefördert wird im Verhältnis 1:1,2 – auf ein zu förderndes Kind in der Einrichtung kommen 1,20 Sprachförderstunden (1 Stunde und 12 Minuten) pro Woche. Diese Stunden teilen sich in Kinderdienst und Vorbereitungszeit: 1 Stunde Kinderdienst und 12 Minuten Vorbereitungszeit.

§ 3

Anerkennungsfähige Kosten

Die Förderungsmittel für die in dieser Richtlinie genannten Maßnahmen können ausschließlich für folgende Zwecke eingesetzt werden:

- (1) **Personalkosten, die für den Einsatz von zusätzlichen Fachkräften zur frühen Sprachförderung anfallen:**
 - a. Förderbar sind Personalkosten, die durch den Einsatz von zusätzlich zum gesetzlich geregelten pädagogischen Personal einer Einrichtung im genehmigten Zeitraum anfallen und die sich aus den jeweils anzuwendenden gehaltsrechtlichen Vorschriften ergeben.
 - b. Ausgeschlossen von der Förderung sind ua. Vertretungskosten, Überstunden und Überstundenpauschalen sowie Reise- oder Fahrtkosten (dh. Kilometergeld, Bahn- oder Flugtickets, Taxirechnungen, Verpflegungsmehraufwand in Form von Taggeldern und Nächtigungskosten sowie Nebenspesen).
 - c. Personal, das im Bereich der frühen sprachlichen Förderung eingesetzt wird, **muss zusätzlich zum gesetzlich geregelten pädagogischen Personal** der Einrichtung angestellt werden.
Eine Stundenaufstockung durch hausinternes Personal zum Zweck der frühen sprachlichen Förderung ist zulässig, muss jedoch gesondert im Dienstvertrag/Beiblatt/Gehaltsnachweis ersichtlich sein. Bei einer gemischten Verwendung von Personal, das sowohl für die Sprachförderung als auch für andere Bereiche tätig wird, hat eine Aufteilung der Personalkosten auf die jeweiligen Bereiche nach den zugeordneten Stunden jedenfalls zu erfolgen.
 - d. **Vertretungen des gesetzlich geregelten pädagogischen Personals** (Stammpersonals) können **nicht gefördert** werden.
- (2) **Overheadkosten:** Kosten, die durch den Einsatz von zusätzlichen Fachkräften entstehen. Hierbei handelt es sich um Kosten, die durch administrative Tätigkeiten zur Durchführung der frühen Sprachförderung für Förderungsnehmer:innen entstehen (Personalverwaltung) sowie Aufwandsätze für Personalzukauf.

§ 4

Förderungshöhe und Förderungsberechnung

Die Förderungshöhe ergibt sich aus der Anzahl der Kinder, welche einen Sprachförderbedarf gemäß BESK KOMPAKT/BESK-DaZ KOMPAKT aufweisen, sowie Kinder ohne Sprachförderbedarf im verpflichtenden Kindergartenjahr, dem maximal förderbaren Stundensatz sowie der Dauer der Maßnahme.

- (1) **Förderungshöhe für Personalkosten gemäß § 3 Abs 1:**
 - a. Der maximal förderbare Stundensatz beträgt € 35,--. Wird von Förderungsnehmer:innen ein geringerer Stundensatz geleistet, wird dieser Stundensatz als Grundlage zur Ermittlung der Förderungshöhe herangezogen. Wird ein höherer Stundensatz geleistet, wird der über den maximal förderbaren Stundensatz hinausgehende Betrag nicht berücksichtigt. Werden von Förderungsnehmer:innen mehrere Sprachförderkräfte eingesetzt, werden für die Berechnung des Stundensatzes die durchschnittlichen Personalkosten bis zum maximal förderbaren Stundensatz herangezogen.
Maßgeblich für die Ermittlung der Förderungshöhe sind die nach Beendigung der Maßnahmen tatsächlichen anererkennungsfähigen Personalkosten, die sich aus der Summe der anererkennungsfähigen Stunden und dem Stundensatz ergeben. Übersteigen die tatsächlichen anererkennungsfähigen Personalkosten die vorgelegte Kostenschätzung, wird der die Kostenschätzung übersteigende Kostenanteil für die Förderung nicht berücksichtigt. Unterschreiten die nachgewiesenen tatsächlichen Kosten den Betrag der Kostenschätzung, werden für die Ermittlung der Förderungshöhe die tatsächlichen anererkennungsfähigen Kosten herangezogen.

- b. Abweichungen von vereinbarten Leistungen sind unverzüglich der Abteilung 6 zu melden (zB. Verringerung der Anzahl der Kinder mit spezifischem Sprachförderbedarf bzw. der Kinder ohne Sprachförderbedarf im verpflichtenden Kinderbildungs- und -betreuungsjahr). Die Förderungshöhe wird auf Basis der Sprachstanderhebung im Herbst des Jahres 2025 **zumindest einmal angepasst**. Die Einsatzpläne der Sprachförderkräfte müssen entsprechend der neu erhobenen Daten adaptiert werden. Information zur Art und Umfang der Anpassung sowie der Umsetzungszeitpunkt, werden von der Abteilung 6 nach Prüfung der erhobenen Daten in einem gesonderten Schreiben übermittelt.
- aa. Sollte sich im Zuge einer Anpassung die Anzahl der Kinder aus Priorität 1 verringern, können Kinder aus Priorität 2 im Ausmaß der genehmigten Höchstanzahl (Priorität 1) herangezogen werden. **Voraussetzung ist, dass für beide Prioritäten ein Förderungsantrag eingebracht wurde.** Wurde jedoch für Priorität 1 und 2 eine Förderung gewährt, ist dies nicht mehr möglich.
- bb. Die Summe der vertraglich vereinbarten Stunden kann flexibel unter den angesuchten Kinderbildungs- und -betreuungseinrichtungen zugeteilt werden, sollte sich die Anzahl der Kinder mit Sprachförderbedarf an einzelnen Standorten verändern. Das bedeutet, dass nach der Erhebung im Herbst des Jahres 2025 Stunden, die bei einer Einrichtung aufgrund einer geringeren Anzahl von Kindern wegfallen, einer anderen Einrichtung zugeteilt werden können, wenn in dieser die Anzahl der Kinder gestiegen ist. **Bevor diese Umverteilung vorgenommen wird, muss jedoch (bei gegebenen Voraussetzungen) der Ausgleich durch Priorität 2 stattfinden** (gemäß sublit aa).
- c. Werden von Förderungsnehmer:innen geringere Leistungen erbracht als im Förderungsvertrag zuerkannt, werden die tatsächlich erbrachten Leistungen und Kosten zur Ermittlung der Förderungshöhe herangezogen.

Diesbezüglich gilt Folgendes:

Ab einer im Förderungsvertrag zuerkannten Wochenstundenanzahl im Ausmaß einer vollzeitbeschäftigten Sprachförderkraft, wobei eine Vollzeitäquivalenz (VZÄ) 40 Wochenstunden entspricht, ist eine Quote von mindestens 80 % der gewährten Stunden im Förderungszeitraum zu leisten. Wird diese Quote von Förderungsnehmer:innen unterschritten, kürzen sich die in Abs 1 lit a errechneten förderbaren Personalkosten um jenen Prozentsatz, um den die tatsächlich geleisteten Stunden die Quote unterschreiten.

Beispiel: 2.000 Stunden werden gewährt, die zu leistende Quote von mindestens 80 % beträgt somit 1.600 Stunden.

Situation 1: Es werden tatsächlich 1.700 anerkennungsfähige Stunden geleistet. Die Quote wurde erreicht, die förderbaren Personalkosten werden nicht gekürzt.

Situation 2: Es werden tatsächlich 1.500 anerkennungsfähige Stunden geleistet. Die Quote wurde um 5 % unterschritten, die förderbaren Personalkosten werden um 5 % gekürzt.

(2) **Förderungshöhe für Overheadkosten gemäß § 3 Abs 2:**

Pro vollzeitbeschäftigter Sprachförderkraft (1 VZÄ entspricht 40 Wochenstunden) werden € 65,- pro Woche anerkannt. Für Teilzeitbeschäftigte wird der aliquote Anteil anerkannt.

Maßgeblich für die Ermittlung der anerkennungsfähigen Förderungshöhe sind die von der Abteilung 6 ermittelten anerkennungsfähigen Sprachförderstunden.

Beispiel: Von der Abteilung 6 werden 1.500 anerkennungsfähige Stunden ermittelt; $1.500 \text{ Stunden} / 40 (1 \text{ VZÄ}) * € 65,- = € 2.437,50$.

(3) **Förderungsberechnung:**

Die endgültige Entscheidung über das ziffermäßige Ausmaß der Förderung wird nach erfolgter Kontrolle der Endabrechnung getroffen.

Förderungen von weiteren öffentlichen Stellen (zB. Europäische Union, Bund, Land) sowie mit der Abwicklung von öffentlichen Fördergeldern betrauten privaten Stellen werden von den anerkennungsfähigen Kosten in Abzug gebracht.

Bei jeder Maßnahme, welche unter Berücksichtigung der budgetären Mittel für eine Förderung in Frage kommt, kann es aufgrund der Ausschöpfung der Förderungsmittel zu einer Reduktion der angeführten Fördersätze kommen.

§ 5 Call

- (1) Förderungsanträge können nur in den von der Abteilung 6 festgelegten Zeiträumen („Call“) eingebracht werden. Außerhalb eines Call-Zeitraums eingebrachte Förderungsanträge werden bei der Förderung nicht berücksichtigt. Calls werden auf der Homepage des Referates Kinderbildung und -betreuung (www.kinderbetreuung.steiermark.at/) angekündigt.

Diesbezüglich gilt Folgendes:

Calls werden in einen Beantragungszeitraum und einen Nachreichungszeitraum aufgeteilt:

- a. Im Beantragungszeitraum können Förderungsanträge eingebracht werden.
- b. Im Nachreichungszeitraum können jene Förderungsanträge, die im Beantragungszeitraum fehlerhaft bzw. unvollständig eingebracht wurden, verbessert werden.

Eine Verbesserung bzw. Nachreichung von Unterlagen außerhalb dieses Zeitraumes wird nicht berücksichtigt.

- (2) Für den Förderungsantrag darf nur das von der Abteilung 6 vorgegebene Formformular verwendet werden. Punkte, die als „Pflichtfelder“ gekennzeichnet sind, sind jedenfalls auszufüllen. Ebenso ist das im Formformular vorgegebene Beiblatt, welches auf der Homepage des Referates Kinderbildung und -betreuung (www.kinderbetreuung.steiermark.at/) abrufbar ist, jedenfalls vollständig zu übermitteln.
- (3) Förderungsanträge, bei denen Pflichtfelder nicht oder nicht vollständig ausgefüllt sind bzw. erforderliche Beilagen nicht oder nicht vollständig übermittelt wurden, werden nicht ins Auswahlverfahren aufgenommen.
- (4) Als Grundlage für Förderungsanträge innerhalb eines Calls gilt die Anzahl der Kinder in Priorität 1 und Priorität 2. Kinder der beiden Prioritäten, für die bereits im selben Förderungszeitraum eine Förderung gewährt und in Anspruch genommen wurde, sind von weiteren Calls ausgenommen.
- (5) Sollte mehr als ein Call durch die Abteilung 6 durchgeführt werden, so ist in diesem Fall eine rückwirkende Förderung bereits geleisteter Stunden innerhalb des in § 2 Abs 1 geregelten Zeitraums möglich.

§ 6

Auswahlverfahren für die während eines Calls eingebrachten vollständigen Förderungsanträge

Die ordnungsgemäß eingebrachten Förderungsanträge werden nach Maßgabe der im jeweiligen Call zur Verfügung stehenden budgetären Mittel prioritär gereiht.

Die Förderungsanträge werden in folgende zwei Prioritäten eingeteilt, wobei die Reihung innerhalb der Prioritäten anhand nachstehender Tabelle erfolgt:

Prioritäten	Reihung innerhalb der Prioritäten
Priorität 1-Projekte	1. Ordnungsgemäß eingebrachte Förderungsanträge im Beantragungszeitraum <ol style="list-style-type: none"> a. Prozentueller Anteil der Kinder mit Sprachförderbedarf b. Zeitliches Einlangen des Förderungsantrags 2. Ordnungsgemäß verbesserte Förderungsanträge im Nachreichungszeitraum <ol style="list-style-type: none"> a. Prozentueller Anteil der Kinder mit Sprachförderbedarf b. Zeitliches Einlangen des verbesserten Förderungsantrags
Priorität 2-Projekte	1. Ordnungsgemäß eingebrachte Förderungsanträge im Beantragungszeitraum <ol style="list-style-type: none"> a. Prozentueller Anteil der Kinder ohne Sprachförderbedarf im verpflichtenden Kindergartenjahr b. Zeitliches Einlangen des Förderungsantrags 2. Ordnungsgemäß verbesserte Förderungsanträge im Nachreichungszeitraum <ol style="list-style-type: none"> a. Prozentueller Anteil der Kinder ohne Sprachförderbedarf im verpflichtenden Kindergartenjahr b. Zeitliches Einlangen des verbesserten Förderungsantrags

Priorität 2-Projekte kommen nur dann für eine Förderung in Frage, wenn nach Berücksichtigung aller förderfähigen Priorität 1-Projekte noch Förderungsmittel vorhanden sind.

Innerhalb der beiden Prioritäten werden die Förderungsanträge jeweils in Kategorie 1 „Ordnungsgemäß eingebrachte Förderungsanträge im Beantragungszeitraum“ und Kategorie 2 „Ordnungsgemäß verbesserte Förderungsanträge im Nachreichungszeitraum“ eingeteilt. Kategorie 2-Förderungsanträge kommen nur dann für eine Förderung in Frage, wenn nach Berücksichtigung aller förderfähigen Kategorie 1-Förderungsanträge noch Förderungsmittel vorhanden sind.

Die Anzahl der Kinder für das Ansuchen um Förderung für beide Prioritäten ist der Erhebung des Sprachstandes mittels BESK KOMPAKT/BESK-DaZ KOMPAKT zu entnehmen. Es werden die Zahlen aus dem **Erhebungszeitraum Frühjahr 2025** berücksichtigt.

Priorität 1-Projekte: Einsatz von zusätzlichem Fachpersonal zur Förderung von Kindern mit nach BESK KOMPAKT/BESK-DaZ KOMPAKT festgestelltem Sprachförderbedarf.

Für Einrichtungsstandorte, die mindestens ein Kind mit Sprachförderbedarf laut BESK KOMPAKT/BESK-DaZ KOMPAKT pro Einrichtungsstandort aufweisen, kann eine Förderung beantragt werden. Berücksichtigt werden hierbei die Zahlen der Sprachstanderhebung vom Frühjahr 2025. Die Reihung der Ansuchen erfolgt in beiden Kategorien nach folgenden Kriterien:

- a. Der prozentuelle Anteil der Kinder mit nach BESK KOMPAKT/BESK-DaZ KOMPAKT festgestelltem Sprachförderbedarf, für die um Förderung angesucht wird, an der Gesamtanzahl der zum Stichtag 15.05.2025 eingeschriebenen Kinder der Einrichtung/en.
- b. Zeitliches Einlangen der Förderungsanträge.

Priorität 2-Projekte: Einsatz von zusätzlichem Fachpersonal zur Förderung der Kinder ohne Sprachförderbedarf im verpflichtenden **Kinderbetreuungsjahr 2025/26**.

Für Einrichtungsstandorte, die Kinder im **verpflichtenden Kinderbetreuungsjahr 2025/26** aufweisen, kann eine Förderung beantragt werden. Es kann auch dann für Priorität 2 angesucht werden, wenn nach Priorität 1 kein Kind Sprachförderbedarf aufweist. Die Reihung der Ansuchen erfolgt in beiden Kategorien nach folgenden Kriterien:

- a. Der prozentuelle Anteil der Kinder im verpflichtenden Kindergartenjahr (verpflichtend im Jahr 2025/26), für die um Förderung angesucht wird, an der Gesamtanzahl der zum Stichtag 15.05.2025 eingeschriebenen Kinder der Einrichtung/en. **Ausgenommen sind jene Kinder, für die bereits in Priorität 1 um Förderung angesucht wird.**
- b. Zeitliches Einlangen der Förderungsanträge.

Innerhalb der **Kategorien** werden die Ansuchen entsprechend des prozentuellen Anteils der Kinder, für die eine Förderung angesucht wurde, gereiht. Weisen innerhalb der gleichen Kategorie zwei oder mehrere Förderungswerber:innen dieselbe Prozentzahl auf, erfolgt die Reihung der Ansuchen nach zeitlichem Einlangen.

§ 7

Allgemeine Bestimmungen

- (1) **Die Förderungsnehmerin/Der Förderungsnehmer** ist verpflichtet, sämtliche für die Erfüllung der Förderungsvoraussetzungen erforderlichen Nachweise in der von der Landesregierung vorgegebenen Form vorzulegen.
- (2) Die Auszahlung des Förderungsbetrages erfolgt nach **Unterfertigung eines Förderungsvertrages**, welcher die Bedingungen der Förderungsgewährung regelt, und Erfüllung der Förderungsvoraussetzungen nach Beendigung der Förderungsmaßnahmen, **nach Vorlage und Kontrolle der Abrechnung** sowie **nach Maßgabe der vorhandenen Mittel**.
- (3) **Auflösende Bedingungen:**

Das Land Steiermark behält sich das Recht vor, vom Vertrag ohne weitere Fristsetzung zurückzutreten und zur Auszahlung anstehende Beträge einzubehalten, wenn

- a. die Gewährung der Förderung vorsätzlich oder fahrlässig durch unwahre Angaben oder Verschweigen maßgeblicher Tatsachen herbeigeführt wurde oder sonst seitens der

Förderungsnehmerin/des Förderungsnehmers gegenüber dem Förderungsgeber vorsätzlich oder fahrlässig unwahre Angaben gemacht wurden,

- b. über das Vermögen der Förderungsnehmerin/des Förderungsnehmers ein Insolvenzverfahren eröffnet wird oder ein derartiger Insolvenzantrag mangels eines zur Deckung der Kosten des Insolvenzverfahrens voraussichtlich hinreichenden Vermögens abgewiesen wird oder die Zwangsverwaltung über das Vermögen der Förderungsnehmerin/des Förderungsnehmers angeordnet wird oder wenn
- c. es aus sonstigen Gründen geboten erscheint.

(4) Die Förderungsnehmerin/Der Förderungsnehmer hat sich im Zuge der Förderungsvergabe zu verpflichten,

- a. bei Förderungen mit einem Förderungswert von **über 2.500 Euro** eine Aufstellung aller der Förderungsnehmerin/dem Förderungsnehmer von öffentlichen oder privaten Stellen aus demselben Grund beantragten und gewährten Förderungen im Zuge der Nachweisführung vorzulegen. Die Aufstellung hat den Zeitraum zu umfassen, für den die Förderung gewährt wurde.
- b. bei Förderungen mit einem Förderungswert von **über 100.000 Euro** zusätzlich zu lit a) eine Aufstellung aller anderen der Förderungsnehmerin/dem Förderungsnehmer von öffentlichen oder privaten Stellen gleich aus welchem Grund beantragten und gewährten Förderungen im Zuge der Nachweisführung vorzulegen. Die Aufstellung hat den Zeitraum zu umfassen, für den die Förderung gewährt wurde. Die Verpflichtung zur Aufstellung aller anderen Förderungen kann entfallen, wenn Förderungsnehmer Gemeinden sind.
- c. alle Kosten und Auslagen zu tragen oder zu ersetzen, die aus der Sicherstellung von Ansprüchen des Landes entstehen sowie solche Kosten und Auslagen zu tragen oder zu ersetzen, die mit der gerichtlichen Durchsetzung von Ansprüchen des Landes gegen Dritte bzw. gegen das Land durch Dritte verbunden sind, sofern der diesbezügliche Rechtsstreit durch Handlungen oder Unterlassungen seitens der Förderungsnehmerin/des Förderungsnehmers verursacht wurde. In einem solchen Rechtsstreit hat die Förderungsnehmerin/der Förderungsnehmer dem Land zur Seite zu stehen, wobei das Land verpflichtet ist, die Förderungsnehmerin/den Förderungsnehmer rechtzeitig voll zu informieren und prozessuale Handlungen, gerichtliche und außergerichtliche Vergleiche sowie teilweise und gänzliche Anerkenntnisse in Bezug auf den streitgegenständlichen Anspruch nur im Einvernehmen mit der Förderungsnehmerin/dem Förderungsnehmer zu tätigen.
- d. den zuständigen Organen des Landes, des Steiermärkischen Landesrechnungshofes oder vom Land Steiermark Beauftragten oder Ermächtigten zum Zwecke der Überprüfung der Einhaltung der Vertragsbestimmungen alle erforderlichen Auskünfte zu erteilen und zu den üblichen Geschäftsstunden Zutritt zu den Geschäfts-, Lager- und sonstigen Betriebsräumen zu gewähren sowie Einsicht in sämtliche Bücher und Geschäftsunterlagen (insbesondere die Nachweise und Originalbelege) der Förderungsnehmerin/des Förderungsnehmers bzw. von überwiegend im Einfluss der Förderungsnehmerin/des Förderungsnehmers stehender Unternehmen zu gestatten, wo immer sich diese befinden.
- e. unwiderruflich sein Einverständnis zur Überprüfung aller der Förderungsnehmerin/dem Förderungsnehmer zuzurechnenden Konten durch Organe des Landes zu geben, jedoch nur betreffend Geldbewegungen während der Dauer der Laufzeit der Förderung. Dieser Verpflichtung hat gegebenenfalls auch eine/ein von der Förderungsnehmerin/vom Förderungsnehmer verschiedene/r Förderungsempfänger/in beizutreten.
- f. die Prüfung seiner gesamten Gebarung betreffend den Zeitraum, für den die Förderung gewährt wurde, zuzulassen, wenn der Förderungswert der in einem Kalenderjahr gewährten Förderungen insgesamt einen Betrag von 250.000 Euro übersteigt und die vom Land Steiermark geleisteten Förderungsmittel einen Anteil von 75 % am Gesamtumsatz der Förderungsnehmerin/des Förderungsnehmers in dem Zeitraum, betreffend den die Förderung gewährt wurde, übersteigen.
- g. sich der Kontrolle durch den Landesrechnungshof zu unterwerfen. Eine Prüfung der Gesamtgebarung der Förderungsnehmerin/des Förderungsnehmers ist aber nur unter der Voraussetzung der lit f auszubedingen.

(5) Rückforderungs- und Zurückbehaltungsrechte:

- a. Die Förderungsstelle hat das Recht, ausbezahlte und dem Land Steiermark nicht rückerstattete Beträge zurückzufordern bzw. zur Auszahlung anstehende Beträge zurückzubehalten, wenn

- aa. die Förderungsnehmerin/der Förderungsnehmer ihre/seine aufgrund des Förderungsvertrags übernommenen Verpflichtungen nach gehöriger Abmahnung innerhalb einer Frist von einem Monat nicht einhält, oder
 - bb. die Förderungsnehmerin/der Förderungsnehmer einen geforderten Nachweis nicht fristgerecht erbringt, wobei im Falle einer mengenmäßig spezifizierbaren, teilweisen Nichterfüllung der Verpflichtungen das gegenständliche Rückforderungsrecht nur im zur Nichterfüllung aliquoten Ausmaß erwächst, oder
 - cc. die Gewährung dieser Förderung vorsätzlich oder fahrlässig durch unwahre Angaben oder Verschweigen maßgeblicher Tatsachen herbeigeführt wurde oder sonst seitens der Förderungsnehmerin/des Förderungsnehmers gegenüber dem Förderungsgeber vorsätzlich oder fahrlässig unwahre Angaben gemacht wurden.
- b. Die Förderungsnehmerin/Der Förderungsnehmer hat die Verpflichtung, die rückgeforderten Beträge in Fällen der Rückforderung gemäß lit a jeweils um Zinsen in Höhe von 3 % p.a. über dem jeweils geltenden Basiszinssatz der ÖNB ab dem Tag der erstmaligen Auszahlung von Förderungsmitteln erhöht zu leisten.
- c. Die Förderungsnehmerin/Der Förderungsnehmer hat die Verpflichtung, Rückerstattungen unverzüglich, spätestens jedoch 14 Tage nach Einforderung, auf ein von der Förderstelle zu bestimmendes Konto zu überweisen.

(6) Insolvenzrechtliche Bestimmung:

Für den Fall, dass über das Vermögen der Förderungsnehmerin/des Förderungsnehmers ein Insolvenzverfahren eröffnet wird oder ein Insolvenzantrag mangels eines zur Deckung der Kosten des Insolvenzverfahrens voraussichtlich hinreichenden Vermögens abgewiesen wird oder die Zwangsverwaltung über das Vermögen der Förderungsnehmerin/des Förderungsnehmers angeordnet wird, ist zu vereinbaren,

- a. dass diesfalls vor der Realisierung des Förderungsgegenstandes keine Förderungsmittel mehr ausbezahlt werden können und
- b. dass bereits ausbezahlte Förderungsmittel zur Rückzahlung fällig werden, wenn von der Förderungsnehmerin/vom Förderungsnehmer nicht nachgewiesen wird, dass die Realisierung des Förderungsgegenstandes trotz der vorstehend genannten Gründe gesichert ist.

(7) Datenschutzrechtliche Bestimmung:

- a. Information der Förderungsnehmerin/des Förderungsnehmers über die gesetzliche Ermächtigung des Förderungsgebers bzw. der Förderungsstelle(n), alle im Förderungsantrag enthaltenen sowie die bei der Abwicklung und Kontrolle der Förderung sowie bei allfälligen Rückforderungen anfallenden, die Förderungswerberinnen und -nehmerinnen/Förderungswerber und -nehmer betreffenden personenbezogenen Daten gemäß Art. 6 Abs. 1 lit. b und f Datenschutz-Grundverordnung, für Zwecke der Abwicklung des Förderungsvertrages, für Kontrollzwecke und für allfällige Rückforderungen automationsunterstützt zu verarbeiten.
- b. Information der Förderungsnehmerin/des Förderungsnehmers über die gesetzliche Ermächtigung des Förderungsgebers bzw. der Förderungsstelle(n), Daten gemäß lit a im notwendigen Ausmaß
 - aa. zur Erfüllung von Berichtspflichten, für Kontrollzwecke oder zur statistischen Auswertung
 - an den Steiermärkischen Landesrechnungshof und vom Land beauftragte Dritten, die zur vollen Verschwiegenheit über die Daten verpflichtet sind,
 - allenfalls an den Bundesrechnungshof und das zuständige Bundesministerium,
 - allenfalls an Organe der EU nach den EU-rechtlichen Bestimmungen,
 - allenfalls an andere Stellen, mit denen Kooperationen bestehen oder die einen gesetzlichen Anspruch auf Informationen haben bzw.
 - bb. für Rückforderungen gemäß Art. 6 Abs. 1 lit. f Datenschutz-Grundverordnung an das Gericht zu übermitteln.
- c. Information der Förderungsnehmerin/des Förderungsnehmers, dass ihr/sein Name oder ihre/seine Bezeichnung unter Angabe der Rechtsform, der Förderungsgegenstand sowie die Art und die Höhe der Förderungsmittel in Berichte über die Förderungsvergabe aufgenommen und so veröffentlicht werden können.

- d. Information der Förderungsnehmerin/des Förderungsnehmers, dass Angaben zu ihr/ihm, der Förderungsgegenstand, die Art und die Höhe der Förderungsmittel, die Zuordnung zum Leistungsangebot sowie Angaben über die Zahlungen (§ 25 Abs. 1 Z. 1 bis 4, 6 und 7 TDBG 2012) an den Bundesminister für Finanzen zum Zweck der Verarbeitung in der Transparenzdatenbank übermittelt werden können.
- e. Für den Fall, dass auch besondere Kategorien von Daten (Art. 9 DSGVO) verarbeitet werden, Einwilligungen der Förderungsnehmerin/des Förderungsnehmers zur Verarbeitung und Übermittlung entsprechend lit a und d.

§ 8

Inkrafttreten

Diese Richtlinie tritt mit dem der Beschlussfassung in der Landesregierung folgenden Tag, das ist der 6. Juni 2025, in Kraft.